

AKTUELL

„GRENZSCHUTZ“

Frontex in Luxemburg

María Elorza Saralegui

Beamt*innen der für illegale Push-backs bekannten EU-Grenzschutzbehörde Frontex sollen in Zukunft Polizeieinheiten in Luxemburg unterstützen. Ein neues Gesetzesprojekt soll den nötigen Rechtsrahmen festlegen.

Bei Kontrollen auf dem Flughafen und bei Rückführungen von Schutzsuchenden: Beides Einsätze, bei denen Beamt*innen der umstrittenen EU-Grenzschutzbehörde fortan eine Hand mit anpacken können sollen. Neu ist der Ansatz nicht, basiert er doch auf einer EU-Regulierung von 2019 zur Grenzschutzbehörde. Die soll nun in nationales Recht umgesetzt werden. Das von Innenminister Léon Gloden (CSV) im Juli letzten Jahres eingereichte entsprechende Gesetzesprojekt wurde den Abgeordneten der Kommissionen für Inneres am vergangenen 8. Januar vorgestellt.

Demnach sollen Frontex-Beamt*innen Mitglied der nationalen Polizeieinheit auf dem Flughafen sowie der Direction générale de l'immigration werden, um Polizist*innen bei der Grenzkontrolle und bei Rückführungen vor Ort zu „unterstützen“. Aktuell wird dies in Ländern wie Spanien oder Frankreich schon so praktiziert. Autorisiert werden die einzelnen Beamt*innen vom Generaldirektor der großherzoglichen Polizei.

Frontex' Verantwortung

Konkret heißt das: Frontex-Beamt*innen sollen auf dem Flughafen Reisedokumente für die Ein- und Ausreise in oder aus dem Schengenraum prüfen und einzelne Reisende kontrollieren können. Auch bei den Rückführungen von Schutzsuchenden, deren Aufenthalt oder Asylstatus in Luxemburg nicht (länger) genehmigt wird, sollen Beamt*innen helfen, etwa bei der Identifizierung von Personen oder der Besorgung von Reisedokumenten. Dafür soll das Frontex-Personal einen „direkten“ Zugriff auf internationale und EU-Datenbanken haben, sowie auf persönliche Daten zugreifen können. Waffen sollen die Frontex-Beamt*innen ebenfalls tragen und benutzen dürfen. Die Ausstattung soll dem entsprechen, was auch für luxemburgische Polizist*innen erlaubt ist.

Alle Einsätze geschehen unter der ständigen Leitung und in Anwesenheit eines*r Polizisten*in, so der vorgeschlagene Gesetzestext, der zudem erläutert: „[Frontex-Beamt*innen] dürfen in keinem Fall Rückführungsentscheidungen treffen, mit denen der Aufenthalt eines Drittstaatsangehörigen für

illegal erklärt und eine Ausreisepflicht auferlegt wird, oder Entscheidungen über Gewahrsam treffen.“

Die finanziellen Kosten ihrer Beamt*innen im Einsatz muss die EU-Grenzschutzbehörde selbst tragen, präzisiert der Text. Dabei legt die oben erwähnte EU-Regulierung aus dem Jahr 2019 eine deutliche Erhöhung der finanziellen Beiträge der EU-Mitgliedstaaten an Frontex fest. Seit Jahren steht die Agentur an der Spitze der best bezahlten EU-Behörden (woxx 1721). 2023 flossen rund 845 Millionen Euro in den Frontex-Haushalt. Allein Luxemburg soll laut Regulierung ab 2027 insgesamt 45 Millionen Euro im Jahr einzahlen. „Frontex' Mittel und Personal sind erheblich verstärkt worden, doch auf der anderen Seite wurde verpasst, den Schutz der Menschenrechte an den Außengrenzen zu stärken“, so Meris Šehović (Déi Gréng) am Mittwoch gegenüber der woxx, nachdem das Gesetzesprojekt in der Kommission vorgestellt worden war. Dem Oppositionsabgeordneten ist dabei die EU-Regulierung selbst ein Dorn im Auge, denn das luxemburgische Gesetzesprojekt sei lediglich eine Anwendung der Regulierung. Im Gegensatz zu EU-Direktiven, werden EU-Regulierungen direkt angewendet und integral in nationalem Recht übernommen, so Šehović. „Ich habe fundamentale Bedenken mit der Europäischen Gesetzgebung. Wir brauchen keine Frontex-Agenten in Luxemburg.“

Die Skepsis ist nicht unbegründet: Die EU-Behörde ist in den letzten Jahren vielfach wegen Menschenrechtsverstößen – allen voran ihrer Beteiligung an Zurückweisungen von Asylsuchenden entlang der EU-Außengrenzen – angeklagt worden. Auch Luxemburg war laut einer Recherche von Reporter.lu an sogenannten Push-backs beteiligt. Im April 2020 trat der damalige Leiter Fabrice Leggeri zurück (woxx 1775), Ende des gleichen Jahres leitete die EU-Antibetrugsbehörde OLAF eine Untersuchung gegen die Behörde ein (woxx 1707). Temporäre Frontex-Beamt*innen liegen unter der Verantwortung ihrer EU-Mitgliedsstaaten. Doch für Fehlverhalten des festen Behördenpersonals, das in Luxemburg bei den Rückführungen zum Einsatz kommen soll, ist Frontex laut Gesetzestext selbst verantwortlich.

SHORT NEWS

L'Université envoie en orbite son premier mini satellite

(ts) – L'Université de Luxembourg va mettre en orbite son tout premier satellite miniature, POQUITO. Conçu en un an à peine – une prouesse –, POQUITO mesure 5x5x5cm, soit à peu près la taille d'un Rubik's Cube, et pèse à peine 185 grammes. Il décollera mardi, entre 19h49 et 20h46, à bord d'une fusée Falcon 9 de Space X depuis la base de Vandenberg, en Californie. POQUITO se déploiera ensuite à 525 kilomètres d'altitude pour entrer en communication optique avec le satellite ChipSat afin de vérifier le fonctionnement de la technologie ultra-miniaturisée dans l'espace et offrir une formation pratique aux étudiant-es et chercheur-euses. « L'espace est très hostile et endommage rapidement les technologies, il faut donc les vérifier avant de les utiliser dans un contexte commercial », explique au woxx Andres Hein, professeur en ingénierie système spatial au SnT, le centre de recherche dédié aux technologies innovantes de l'Université de Luxembourg. À terme, le développement de satellites miniaturisés doit permettre de réduire les coûts de lancement et ainsi rendre l'espace plus accessible, mais aussi de standardiser plus facilement les satellites. La mission de PAQUITO doit durer trois ans, après laquelle il sera progressivement désorbité pour se désintégrer dans l'atmosphère terrestre. « Nous avons fait en sorte que POQUITO ne génère aucun débris spatial, dans le respect des exigences strictes en la matière », a déclaré Andres Hein.

Chemische Unterwerfung: Kein eigener Straftatbestand

(mc) – Chemische Unterwerfung, also die heimliche Verabreichung von Substanzen, um die Entscheidungs- oder Handlungsfähigkeit einer Person zu beeinträchtigen, ist in Luxemburg derzeit weder ein eigenständiger Straftatbestand noch wird sie bei Straftaten wie zum Beispiel Vergewaltigung als erschwerender Umstand berücksichtigt. Eine statistische Erfassung sei laut einer Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage deshalb nicht möglich. Erfasst werden lediglich Anzeigen wegen „Verabreichung von gesundheitsgefährdenden Substanzen“ gemäß den Artikeln 402 bis 405 des Strafgesetzbuches, unter die laut Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) auch chemische Unterwerfung „möglicherweise fallen könnte“. Zwischen 2021 und 2024 gab es 25 solcher Anklagen, 6 davon im letzten Jahr. Auf die Frage, welche Präventivmaßnahmen die Regierung bereits unternommen habe, verweist Margue auf eine polizeiliche Kampagne zu K.O.-Tropfen zu Karneval 2023; eine weitere sei für 2025 geplant. Zudem gebe es verschiedene regionale Sensibilisierungsprogramme an Schulen. Der Fall Pelicot hatte in Frankreich die Diskussion eröffnet, ob chemische Unterwerfung als eigenständiger Straftatbestand geführt werden sollte. Auch in Deutschland wurde das Thema durch die Aufdeckung eines Vergewaltiger-Netzwerks auf Telegram intensiv diskutiert. In Luxemburg ist diese Debatte noch nicht ganz angekommen; für 2025 ist jedenfalls keine Gesetzesänderung in diese Richtung vorgesehen. Geplant sind laut Margue jedoch die Einrichtung eines nationalen Zentrums für Gewaltopfer, das umfassende medizinische, psychologische, juristische und polizeiliche Unterstützung bieten soll, sowie einen Aktionsplan gegen geschlechterbasierte Gewalt, der auf Prävention, Schutz, Strafverfolgung und koordinierte Politik setzt.

Forum 441: Mensch, Tier und Natur

(ja) – In der ersten Ausgabe des Jahres beleuchtet das Forum die Beziehungen zwischen Mensch und Natur, insbesondere zwischen Menschen und Tieren. Das Dossier heißt offiziell „Natur und Tier: Wo stehen wir?“ und enthält Beiträge, die sich sowohl allgemein mit dem Thema auseinandersetzen, als auch auf spezielle Tierarten, mit denen es immer wieder Konflikte gibt, fokussieren. So beschäftigen sich Historiker Thomas Kolnberger mit der Beziehung zwischen Wolf und Mensch, Meeresbiologin Anna Schleimer mit dem Walfang, Kurator für Zoologie am Nationalmuseum für Naturgeschichte Alain Frantz mit der Verbreitung des Waschbären in Luxemburg und Biologin Lieke Mevis mit Wespen, die sie „Superhelden in Schwarz-Gelb“ nennt. Interviews mit dem Veterinär Tom Conzemius, dem Taxiadermist Guillaume Becker und der Künstlerin Justine Blau runden das Dossier ab. Auch die üblichen Forum-Rubriken sind mit interessanten Beiträgen gefüllt – wobei die Forum-Redaktion diesmal leider wenig „Strandgut“ gefunden hat. Besonders spannend ist der Artikel von Jessica Lopes, in dem sie ihre Forschungsergebnisse zur Wahlbeteiligung von Ausländer*innen in Luxemburg präsentiert.